

dentag, um mehr oder weniger ständige Beschäftigung, um Arbeitsschutz, um das Recht, sich politisch organisieren zu können. Auch heute führt die Arbeiterklasse den Kampf um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Dabei stehen jedoch, entsprechend dem staatsmonopolistischen Herrschaftssystem, weitgehende und neue Gesichtspunkte und Forderungen im Mittelpunkt dieses Kampfes. Und wenn sich die Lebenslage der Arbeiterklasse wesentlich gewandelt hat, so ist das ein Ergebnis ihres jahrzehntelangen organisierten Kampfes, und nicht zuletzt ein Ergebnis der Existenz und des Einflusses der DDR und des sozialistischen Weltsystems. Auch im Ergebnis der Entwicklung

## Kampf um Frieden, Mitbestimmung und soziale Sicherheit

Im Zentrum der Klassenausinandersetzungen steht heute die Forderung westdeutscher Gewerkschaftsverbände auf Mitbestimmung und das Recht der Kontrolle in der Wirtschaft und in den Betrieben. Er wird in immer stärkerem Maße mit dem Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung verbunden. Das haben auch die Monopole begriffen. Die Notstandsgesetze bringen zum Ausdruck, daß sich die herrschenden Kreise der Unversöhnlichkeit der Klassen bewußt sind, und sie führen mit diesen Gesetzen auf ihre Weise den Klassenkampf.

Wie sie zu der von ihnen proklamierten „fairen Partnerschaft“ stehen, zeigte ihre Reaktion zu der Forderung der Gewerkschaften nach Mitbestimmung. Der „Industriekurier“, Sprachrohr der Monopole, antwortete dem DGB mit dem Herr-im-Hause-Standpunkt: „Demokratie ist kein wirtschaftliches Problem. Wer

der Produktivkräfte infolge der technischen Revolution ist der unversöhnliche Interessengegensatz zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse nicht verschwunden. Im Gegenteil! Unter den Bedingungen der imperialistischen Herrschaft richtet sich die technische Revolution in ihren sozialen Auswirkungen gegen die Arbeiterklasse und alle Werktätigen, während sich die Monopole in Gestalt riesiger Profite ihre Früchte aneignen. Demonstrationen, Kundgebungen, Streiks, Warnstreiks und andere Formen des Kampfes für höhere Löhne und soziale Sicherheit, gegen Zechenstilllegung und Betriebsschließung, gegen die sozialen Folgen der technischen Revolution sind ein Ausdruck dafür.

wie Rosenberg die Ausdehnung der politischen Demokratie auch auf die Wirtschaft fordert und seine Mitbestimmungsansprüche überwiegend mit dem Hinweis motiviert, daß die Demokratie nicht vor den Werktoeren haltmachen dürfe, hat entweder die Demokratie oder aber die Wirtschaft nicht begriffen.“

Der Kampf der westdeutschen Arbeiter um Mitbestimmung muß also untrennbar mit der Sicherung und Erweiterung der Demokratie im gesamten gesellschaftlichen Leben verbunden sein, mit der Abwendung der friedensgefährdenden Politik des Bonner Staates mit der Bewegung gegen die Notstandsgesetze begann eine politische Bewegung gegen die Klasseninteressen und Klassenziele der herrschenden monopolistischen Kräfte, die nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch Zehntausende fortschrittlicher Bürger aus allen Bevölkerungsschichten

der Bundesrepublik umfaßt. Durch die vollständige Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und durch die reaktionäre Innen- und Außenpolitik des Bonner Staates vertieft sich der Widerspruch zwischen den wenigen die Macht ausübenden Kräften und allen demokratischen und friedliebenden Bürgern. Unter diesen Bedingungen ist der politische, ökonomische und ideologische Klassenkampf noch enger miteinander verflochten als in früheren Epochen der Klassenausinandersetzungen. Die unmittelbaren Forderungen der Arbeiter können nur erreicht werden, wenn sie und ihre Verbündeten für die Sicherung des Friedens und europäische Sicherheit, für die Erhaltung und Erweiterung der Demokratie, für Mitbestimmung und größeren Einfluß in Staat und Wirtschaft, gegen Notstandsgesetzgebung, Rüstungslasten und imperialistische Aggressionspolitik kämpfen.

Gestützt auf die marxistisch-leninistische Klassenanalyse hob Genosse Walter Ulbricht in seiner Rede auf der 12. Tagung des ZK hervor, daß die Monopolherren sich irren, wenn sie annehmen, „die Arbeiterklasse Westdeutschlands würde sich über längere Zeit hinweg für ein Linsengericht der formierten Gesellschaft ihren historisch gewachsenen Anspruch auf die Führung der Gesellschaft im Zeitalter des Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus und der technischen Revolution von den Monopolherren abkaufen lassen. Es ist ein Gesetz der gesellschaftlichen Entwicklung, daß sich die Arbeiterklasse Westdeutschlands formieren wird, um die Fesseln dieser formierten Gesellschaft abzuschütteln.“

Dr. H a n s S c h m i d t